

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

**Coronavirus – Was unternimmt die EU?** 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäische Kommission

- **Verhandlungen zwischen EU und Großbritannien über zukünftige Partnerschaft beginnen** 4
- **Europäische Union trifft Afrikanische Union** 5
- **Länderberichte – Herausforderungen für die Zukunft** 6
- **Verantwortungsvolle Lieferketten – Studie zur Sorgfaltspflicht** 8

##### Rat der Europäischen Union

- **Neue Vorschrift zur Kennzeichnung von Reifen** 9

##### Sonstiges

- **Europäische Woche der Regionen und Städte** 10
- **Heuschreckenplage in Ostafrika – Unterstützung durch EU** 11
- **Ergebnisse der 92. Eurobarometer-Umfrage in Österreich** 13

**Laufende Konsultationen** 14

**Tagesordnungen der Institutionen** 15

**Impressum** 15

Gemeinsatme Vertretung der  
Europaregion Tirol-Südtirol-  
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45–47*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: info@alpeuregio.eu*



# Thema der Woche

## Coronavirus – Was unternimmt die EU?

**Die Europäische Kommission unternimmt weitere Schritte, um gegen die Ausbreitung des Covid-19 in Europa vorzugehen. Dazu zählt unter anderem ein Hilfspaket in Höhe von 232 Mio. Euro zur Bekämpfung der Krankheit. Zudem reisten VertreterInnen der Kommission nach Italien, um vor Ort die Eindämmung zu koordinieren.**

Das Coronavirus ist in Europa angekommen. Bereits über 2000 Menschen wurden infiziert (Stand 02. März), auch in Österreich. Die Europäische Kommission ruft nun ihre Mitgliedstaaten zu koordinierten und verhältnismäßigen Handeln auf. Zusätzlich unterstützt sie die EU-Mitgliedsstaaten und internationale Bemühungen, um zur Eindämmung des Covid-19 beizutragen. Dazu kündigte die Kommission ein Hilfspaket in Höhe von 232 Mio. Euro an, um weltweit für mehr Vorsorge und Vorbeugung sowie für die Eindämmung der Ausbreitung des Virus zu sorgen. Mit Hilfe der Gelder soll die Krankheit schneller erkannt, diagnostiziert und Betroffene behandelt werden. Die Gelder werden wie folgt aufgeteilt: 114 Mio. Euro gehen an die Weltgesundheitsorganisation WHO, um die Arbeit an der Notfallvorsorge und -bewältigung in

Ländern mit schwachen Gesundheitssystemen und geringer Widerstandsfähigkeit zu stärken. Weitere 100 Mio. Euro werden in die Forschung investiert, um die Diagnostik, Behandlung und Vorbeugung zu verbessern. 15 Mio. Euro werden in Afrika bereitgestellt, um dort vor Ort die Versorgung zu unterstützen. Die restlichen 3 Mio. Euro werden aufgewandt, um den Rücktransport von EU-BürgerInnen aus Wuhan in China zu organisieren. Zusätzlich hat die Europäische Union bisher über 50 Tonnen an Schutzausrüstung, Masken, Handschuhe, Schutzkleidung und Desinfektionsmittel nach China geflogen. Einige der Güter wurden von Österreich bereitgestellt. Weitere Staaten haben bereits Interesse daran bekundet, Schutzausrüstung von der EU beziehen zu wollen.



*„Dies ist eine besorgniserregende Situation, aber wir dürfen nicht in Panik verfallen. Wir müssen wachsam sein, wenn es um Fehlinformationen und Desinformationen sowie um fremdenfeindliche Äußerungen geht, die die Bürger in die Irre führen und die Arbeit der Behörden in Frage stellen“*

*- EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides*



# Thema der Woche

In Hinblick auf die Ausbreitung des Covid-19 im Norden Italiens reiste eine gemeinsame Expertenmission des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), der Europäischen Kommission und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nach Italien. Auch EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides begab sich nach Rom, um sich mit den EU-Gesundheitsministern zu treffen. Dabei unterstrich die Kommissarin die Notwendigkeit des Austausches von Echtzeit-Information und einer engen Koordinierung zwischen den EU-Staaten im Kampf gegen eine weitere Ausbreitung. Die Mitgliedsstaaten seien aufgefordert worden, die Kapazitäten ihrer Gesundheitswesen zu überprüfen. Wichtig sei jedoch, so Kyriakides, nicht durch Desinformationen rund um Covid-19 in Panik zu verfallen. Ein Schließen der Binnengrenzen sei nicht notwendig und laut ExpertInnen kaum effektiv. Weitere Schritte, wie das Abriegeln von Gemeinden und Städten und das Schließen der Grenzen, liegt zudem im Kompetenzbereich der Mitgliedsstaaten. Für die Gesundheitskommissarin ist der Ausbruch von Covid-19 ein Test für die bestehenden globalen Notfallreaktionsmechanismen sowie für die Zusammenarbeit innerhalb der EU.

Italien selbst hat das Katastrophenschutzverfahren der EU aktiviert und wird nun vom EU-Koordinierungszentrum für Notfallmaßnahmen intensiv unterstützt und unter anderem mit Schutzausrüstungen versorgt. Währenddessen aktualisiert die ECDC laufend die Risikoeinschätzung in den einzelnen Ländern und koordiniert den Informationsaustausch. Auch Leitlinien für Reisende werden veröffentlicht, die in betroffene Gebiete reisen bzw. diese verlassen. Die Kommission prüft

---

*„Ich begrüße die Unterstützung der gemeinsamen Expertenmission, die sich derzeit in Italien befindet, um die Bemühungen zu unterstützen, COVID-19 zu kontrollieren und einer weiteren Ausbreitung vorzubeugen. Die Kommission steht Italien und allen Mitgliedstaaten solidarisch und entschlossen bei den Bemühungen um die Eindämmung der Krankheit und den Schutz der Gesundheit unserer Bürger zur Seite.“*

*- EU-Gesundheitskommissarin  
Stella Kyriakides*

---

indes die Auswirkungen des Virus auf die europäische Industrie und Wirtschaft. Vor allem im Bereich Tourismus sind Auswirkungen erkennbar. So blieben bereits 250.000 chinesische Reisende zwischen Januar und Februar aus und verursachten Gewinneinbußen bei Hotels und Fluggesellschaften.

Ausführliche und tagesaktuelle Informationen rund um den Coronavirus finden Sie auf der [Website des ECDC](#).

Antworten auf die gängigsten Fragen bezüglich des Covid-19 erhalten Sie [hier](#).

Zusätzlich können Sie unter der Telefonnummer 0800 555 621 rund um die Uhr Expertinnen und Experten erreichen, die Fragen zum Coronavirus beantworten können.

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



# Europäische Kommission

## Verhandlungen zwischen EU und Großbritannien über zukünftige Partnerschaft beginnen

**Die Europäische Kommission hat am Dienstag, den 25. Februar vom Europäischen Rat das Mandat erhalten, Verhandlungen mit Großbritannien über die zukünftigen Beziehungen aufzunehmen. Beginnen werden die Verhandlungen bereits diese Woche.**

Mit 31. Jänner 2020 verließ das Vereinigte Königreich die Europäische Union. Ein Jahr lang gilt nun eine Übergangsfrist, im Zuge derer die zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien ausgehandelt werden sollen (Wir berichteten im [NL 05-20](#)).

Im Vorfeld des Verhandlungsbeginnes mit Großbritannien hatte der Rat (die Mitgliedsstaaten) den von der Kommission vorgeschlagenen Verhandlungsrichtlinien zustimmen müssen. Durch die Verabschiedung am 25. Februar kann nun die Kommission in die Verhandlungen eintreten.

Die verabschiedeten Verhandlungsrichtlinien basieren auf dem Empfehlungsentwurf der Kommission vom 3. Februar 2020. Sie respektieren uneingeschränkt die bestehenden Leitlinien und Schlussfolgerungen des Europäischen Rates sowie die im Oktober 2019 zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vereinbarte politische Erklärung. Genauer definieren sie den Umfang und die Bedingungen der künftigen Partnerschaft, die die Europäische Union mit dem Vereinigten Königreich plant. Die Richtlinien decken alle Bereiche ab, die für die Verhandlungen von Interesse sind, wie zum Beispiel handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Strafverfolgung und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung, Teilnahme an



Unionsprogrammen und andere thematische Bereiche der Zusammenarbeit. Ziel ist es neben einem Freihandelsabkommen auch eine Sicherheitspartnerschaft mit Großbritannien auszuverhandeln. Die zukünftige Partnerschaft soll in einen Governance-Rahmen eingebettet werden, der alle Bereiche der Zusammenarbeit umfasst. Geführt werden die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich vom Chefverhandler der Kommission, Michael Barnier, der in enger Abstimmung mit dem Rat und dem Europäischen Parlament steht. Die förmlichen Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich beginnen diese Woche (2. März).

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Die vorgeschlagenen Verhandlungsrichtlinien der Kommission finden Sie [hier](#).



# Europäische Kommission

## Europäische Union trifft Afrikanische Union

**Eine Rekordzahl an VertreterInnen der Europäischen Kommission, darunter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, reisten nach Addis Abeba (Äthiopien), um am zehnten Treffen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union (AU) teilzunehmen.**

Gesprächsthemen waren Themen wie Wachstum, Beschäftigung, Umstellung auf grüne Wirtschaft, Digitalisierung, Sicherheit, Frieden, Mobilität und Migration. Diskutiert wurde über Möglichkeiten die Zusammenarbeit voranzubringen, um wichtige Herausforderungen der Zukunft, die sowohl Afrika als auch Europa betreffen, gemeinsam bewältigen zu können. Im Zuge des Treffens konnten VertreterInnen beider Seiten auch über die anstehende umfassende Afrika-Strategie der Europäischen Union sprechen, die Kommissionspräsidentin von der Leyen für Anfang März angekündigt hatte. Dieses Dokument ist der Beginn eines Konsultationsprozess, der im Mai 2020 in ein EU-AU-Ministertreffen in Kigali (Ruanda) und im Oktober in ein EU-AU-Gipfeltreffen in Brüssel münden soll.

Die Partnerschaft zwischen EU und AU wurde die letzten Jahre über konstant ausgebaut. Stützen sind gemeinsame Werte und Interessen, die in einer „Gemeinsamen Strategie Afrika-EU“ 2007 beschlossen wurden. Seither führen die EU und AU auf verschiedenen Ebenen regelmäßig Dialog. Treffen auf Kommissionsebene finden jährlich statt, Gipfeltreffen der EU- und AU-Staats- und Regierungschefs alle drei Jahre. Beim letzten Gipfeltreffen 2017 wurden wirtschaftliche Perspektiven für junge Menschen, Frieden und

### Die Afrikanische Union (AU):

Die Afrikanische Union ist ein Zusammenschluss aller 55 afrikanischen Staaten, ähnlich der Europäischen Union. Hauptsitz liegt in Addis Abeba in Äthiopien, das Parlament tagt in Midrand in Südafrika. Gegründet wurde die AU 2002 als Nachfolger der Organisation für Afrikanische Einheit. Ziel ist es, Frieden, Sicherheit und Stabilität in Afrika zu fördern und zu erhalten. 2013 verabschiedete die AU die Agenda 2063, eine gemeinsame Vision für die Entwicklung des Kontinents in den nächsten 50 Jahren.

Sicherheit, Mobilität und Migration sowie die Zusammenarbeit im Bereich Staatsführung zu Prioritäten für den Zeitraum 2018-2020 erklärt. Zusätzlich wurde eine Investitionsoffensive für Länder in Afrika vorgestellt, im Zuge derer bis 2023 insbesondere für Frauen und junge Menschen zehn Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Beim letzten Treffen auf Kommissionsebene wurde eine Absichtserklärung zur Vertiefung der Zusammenarbeit in den Bereichen Frieden und Sicherheit unterzeichnet.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



# Europäische Kommission

## Länderberichte – Herausforderungen für die Zukunft

Die Europäische Kommission hat am 26. Februar im Zuge des Europäischen Semesters Länderberichte veröffentlicht, in denen die wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen der einzelnen Mitgliedstaaten analysiert werden. Der Fokus der Berichte liegt erstmals auf Nachhaltigkeit.

Im Zuge des Länderberichts der Europäischen Union werden die Mitgliedsstaaten vor allem anhand vier Dimensionen analysiert: ökologische Nachhaltigkeit, Produktivitätswachstum, Fairness und makroökonomische Stabilität. Des Weiteren werden in den Berichten die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung bewertet und die makroökonomischen und beschäftigungspolitischen Maßnahmen hervorgehoben, die zu ihrer Umsetzung beitragen können. Zudem werden für jedes Land die

Herausforderungen und Chancen analysiert, die sich aus der Klima- und Energiewende ergeben. Die Ergebnisse der Berichte werden vom Rat, sowie von der Kommission und dem Europäischen Parlament diskutiert. Auch Standpunkte der nationalen Parlamente, Regierungen und Sozialpartner werden eingeholt. Im April unterbreiten die Mitgliedstaaten dann ihre nationalen Reformprogramme, in denen die Prioritäten bei den Strukturreformen erläutert werden. Die Kommission wird ihre Vorschläge für eine neue Runde länderspezifischer Empfehlungen im Frühjahr 2020 vorlegen.

---

*„Wir legen heute den Grundstein dafür, dass die Wirtschaftspolitik und die einschlägigen Maßnahmen der EU künftig verstärkt im Zeichen der Nachhaltigkeit stehen. Die Länderberichte 2020 erfassen die Fortschritte bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und widmen der ökologischen Nachhaltigkeit nunmehr einen eigenen Abschnitt. Dies geht mit der zentralen Ausrichtung des Europäischen Semesters auf wirtschaftliche und soziale Fragen und die Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte Hand in Hand. Der Abbau der öffentlichen und privaten Verschuldung schreitet in unterschiedlichem Tempo voran – und auch wenn die Leistungsbilanzdefizite größtenteils korrigiert wurden, geben die hohen Überschüsse nach wie vor Anlass zur Sorge.“*



- Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni



# Europäische Kommission

Auch für Österreich liegt ein Länderbericht vor: Dem zufolge ist die Wirtschaft gut entwickelt. Das starke, auf breiter Grundlage basierende Wirtschaftswachstum der letzten Jahre verlor jedoch 2019 an Dynamik und dürfte 2020-2021 auf moderatem Niveau bleiben. Nichtsdestotrotz dürfte die Arbeitslosenquote 2020-2021 nur leicht auf 4,6% ansteigen. Österreich ist aber weit davon entfernt seine Treibhausemissionsziele einzuhalten und 2040 klimaneutral zu werden. Steuerreform zur Förderung von ökologischer Nachhaltigkeit, Fairness und inklusivem Wachstum sind von Nöten. Zudem ist es unabdingbar, den Investitionsbedarf für grüne Technologie und nachhaltige Lösungen zu ermitteln und sicherzustellen, dass die erforderlichen Mittel auch verfügbar sind. Will Österreich auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig bleiben, so müssen die Investitionen auf den ökologischen Wandel, Forschung und (digitale) Innovation sowie Humankapital ausgerichtet werden. Wirtschaftliche Herausforderungen für Österreich in Zukunft sind ein nachhaltiges Pensionssystem, die Beilegung des geschlechtsspezifischen Beschäftigungsgefälles, die Anhebung des Bildungsniveaus aller soziökonomischen Schichten, die Digitalisierung kleinerer Unternehmen und die Breitbandversorgung in ländlichen Gebieten.

Zusätzlich wurde im Zuge des Länderberichts analysiert, welche Regionen Europas zukünftig durch den „Green Deal“ und den ökologischen Wandel vor

den größten Herausforderungen stehen. Denn die ambitionierten Klimaziele der EU-Kommission werden zu drastischen Veränderungen in einigen Regionen führen. Um diese abzufedern und den Menschen einen gerechten Übergang zu ermöglichen, wurde eigens ein Fonds eingerichtet (Wir berichteten über den Fonds für einen gerechten Übergang im [NL 02-20](#)). Auch in Österreich wurden zwei Regionen, die östliche Obersteiermark und das Traunviertel, ermittelt, die durch den Fonds unterstützt werden sollen. In den betreffenden Regionen leisten CO<sub>2</sub>-intensive Wirtschaftszweige einen wesentlichen Beitrag zur Beschäftigung: So waren 2017 in der Steiermark und in Oberösterreich fast 40.000 Personen im Bereich der Herstellung von Grundmetallen, Papier und Papierprodukten sowie von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen beschäftigt. Die hohe CO<sub>2</sub>-Intensität der in der östlichen Obersteiermark sowie im oberösterreichischen Traunviertel angesiedelten Industriezweige verdeutlicht die Größenordnung der Dekarbonisierungsherausforderung. Nach der vorläufigen Bewertung erscheint es angebracht, dass die Investitionen im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang sich auf diese Regionen konzentrieren.

Den Länderbericht Österreich 2020 finden Sie [hier](#).

Mehr Informationen zu den Länderberichten allgemein finden Sie [hier](#).



# Europäische Kommission

## Verantwortungsvolle Lieferketten – Studie zur Sorgfaltspflicht

**Die Europäische Kommission veröffentlichte am Montag, den 24. Februar eine Studie zu Sorgfaltspflichten in der Lieferkette. Aus der Studie geht hervor, dass nur jedes dritte Unternehmen in der EU ihre globalen Lieferketten sorgfältig bezüglich Menschenrechte und Umweltauswirkungen prüft.**

Gestartet wurde die Studie im Dezember 2018 im Rahmen des Aktionsplans der Europäischen Kommission für ein nachhaltiges Finanzwesen. Untersuchungsgegenstand waren Optionen für die Regulierung der Sorgfaltspflicht in den Betrieben sowie in den Lieferketten von Unternehmen in Bezug auf nachteilige Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt. Unter Sorgfaltspflicht wurde in diesem Kontext verstanden, dass Unternehmen ihre Lieferanten selbst überprüfen, um festzustellen, ob diese gegen Menschenrechte oder Umweltauflagen verstoßen.

Das vorliegende Ergebnis zeigt, dass, während die

UN-Leitprinzipien für die Sorgfaltspflicht von Unternehmen und Menschenrechten zunehmend in gesetzliche Standards eingeführt werden, derzeit nur jedes dritte Unternehmen in der EU eine Sorgfaltsprüfung durchführt, die alle Menschenrechte und Umweltauswirkungen berücksichtigt. Die UmfrageteilnehmerInnen gaben jedoch mehrheitlich an, dass eine Regulierung auf EU-Ebene über eine allgemeine Sorgfaltspflicht für Menschenrechte und Umweltauswirkungen Vorteile für die Unternehmen bringen würden.

Mehr Informationen zur Studie finden Sie [hier](#).



# Rat der Europäischen Union

## Neue Vorschrift zur Kennzeichnung von Reifen

**Der Rat der Europäischen Union hat am Dienstag, den 25. Februar, eine Verordnung über neue Vorschriften für die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf Parameter wie Kraftstoffeffizienz, Nasshaftung und Rollgeräusch angenommen.**

Klares Ziel der Verordnung ist es, VerbraucherInnen dabei zu unterstützen, mehr vergleichbare Informationen zu erhalten, um beim Kauf neuer Reifen eine kostenwirksame und umweltfreundliche Kaufentscheidung zu treffen.

Im Vergleich zu der bisherigen Regelung soll die Kennzeichnung sichtbarer und klarer werden. So soll klar geregelt werden, wo die Kennzeichnung anzubringen ist. Zudem werden neue Symbole für die Schnee- und Eishaftung eingeführt und die Gestaltung der Kennzeichnung wird aktualisiert. Zukünftig sollen auch Parametern für Laufleistung und Abrieb festgelegt werden. Dieser Teil der Regelung, der die Mengen an Mikroplastik verringern soll, tritt in Kraft, sobald geeignete Prüfmethode zur Verfügung stehen. Die

Kennzeichnung wird allgemein auch für LKWs und Busse verpflichtend sein.

Insgesamt erwartet der Rat durch die Reifenkennzeichnung, die Treibhausgasemissionen und die Lärmbelastung im Verkehrssektor zu verringern und die Straßenverkehrssicherheit zu erhöhen. Durch den Beschluss hat der Rat seinen Standpunkt klar festgelegt. Nun muss die Verordnung in einem weiteren Schritt vom Europäischen Parlament in der zweiten Lesung angenommen werden, bevor die Verordnung umgesetzt werden kann.

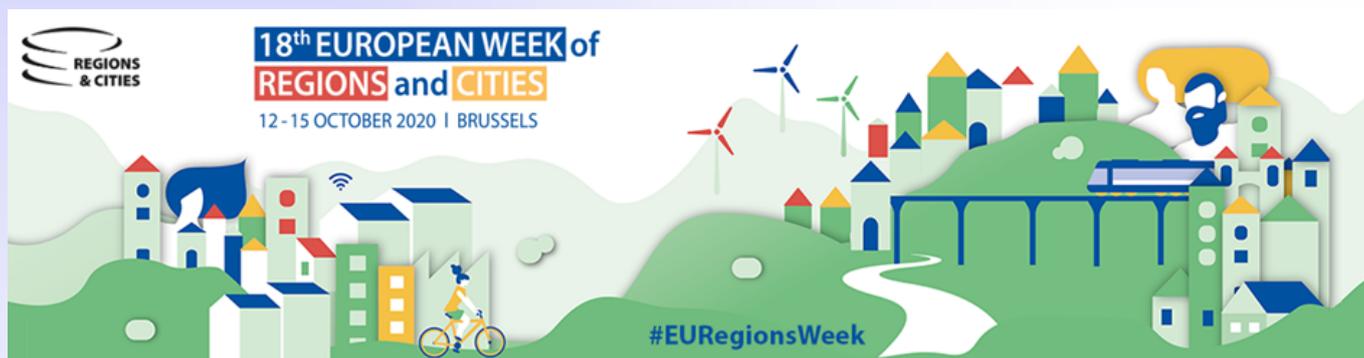
Den vollständiger Text der Verordnung finden Sie [hier](#), den Standpunkt des Rates [hier](#).



# Sonstiges

## Europäische Woche der Regionen und Städte

Vom 12. bis 15. Oktober 2020 findet die 18. Europäische Woche der Regionen und Städte in Brüssel statt. Noch suchen einige Regionen und Städte nach möglichen Partnerschaften.



Die Europäische Woche der Regionen und Städte ist die größte jährliche Veranstaltung für Regionalpolitik in Brüssel. Hier kommen Menschen aus Regionen und Städten aus ganz Europa zusammen, um sich auszutauschen und ein gemeinsames Netzwerk aufzubauen. Ziel ist es, die Regionen und Städte einander näher zu bringen. Diskutiert wird über gemeinsame Herausforderungen und Lösungen. 2019 nahmen bereits über 9000 TeilnehmerInnen in mehr als 330 Sitzungen teil. Teilnehmen können nicht nur Beamte, sondern auch VertreterInnen von Privatunternehmen, PolitikerInnen, AkademikerInnen, JournalistInnen und BürgerInnen, die ihre Ansichten zum Ausdruck bringen und zur Debatte über die Zukunft Europas und ihrer Regionen und Städte beitragen möchten. Die Themen für die die Woche 2020 werden Grünes

Europa, Zusammenhalt und Zusammenarbeit sowie Stärkung der BürgerInnen sein.

Im Zuge der Europäischen Woche der Regionen und Städte 2020 können Regionen und Städte in einer gemeinsamen Partnerschaft eine Sitzung in Brüssel organisieren. Dafür müssen mindestens drei und maximal 12 Partner kooperieren. Einige Regionen und Städte sind noch auf der Suche nach idealen Partnern. Eine Liste der Suchenden kann [hier](#) eingesehen werden.

Noch bis 27. März kann eine gemeinsame Bewerbung eingereicht werden.

Mehr Informationen zur Europäischen Woche der Regionen und Städte finden Sie [hier](#), mehr Infos zu Partner [hier](#).



# Sonstiges

## Heuschreckenplage in Ostafrika – Unterstützung durch EU

Zur Bekämpfung der schlimmsten Wüstenheuschreckenplage in Ostafrika seit Jahrzehnten kündigte die Europäische Union an, 10 Mio. Euro an Finanzhilfe bereitzustellen.

Eine Katastrophe im biblischen Ausmaß. Die Herausforderung, vor der zur Zeit Länder in Ostafrika stehen, erinnert durchaus an die 8. Plage, die im 2. Buch Mose des Alten Testaments beschrieben wird: Millionen von Wüstenheuschrecken bedrohen die Bevölkerung. Die Tiere gelten nämlich als die gefährlichsten wandernden Schädlinge der Welt und können enorme Ernte- und Lebensmittelverluste verursachen. In Ostafrika, wo ohnehin Nahrungsmittelknappheit herrscht – 27,5 Millionen Menschen leiden hier unter schwerer Ernährungsunsicherheit – sind nun weitere 35 Millionen Menschen betroffen. Bereits in den

letzten Monaten hatte sich die Lage verschlechtert. Während der langen Regenzeit, die im März beginnt, können sich nun die Wüstenheuschrecken noch rasanter vermehren. Ernteschäden sind bereits in Kenia, Äthiopien und Somalia zu verzeichnen. Potenziell gefährdet sind Länder wie Dschibuti, Eritrea, Südsudan, Tansania und Uganda. Zudem könnte die Plage auch asiatische Länder wie Jemen, Sudan, Iran, Indien und Pakistan erreichen. Zur Bekämpfung der Heuschreckenplage und der Nahrungsmittelknappheit hat die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) einen Reaktionsplan ausgearbeitet. Dafür werden rund 70 Mio. Euro benötigt. Entscheidend

---

*„Diese Krise zeigt erneut die Anfälligkeit von Nahrungsmittelsystemen, wenn sie Bedrohungen ausgesetzt sind. Das Konzept der EU stellt in Einklang mit dem Grünen Deal die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt. Wir müssen die Fähigkeit verbessern, gemeinsam auf solche Bedrohungen zu reagieren. Außerdem ist es unsere Pflicht, jetzt entschlossen zu handeln, um eine schwere Krise zu vermeiden, die Ursachen dieser Naturkatastrophe zu bekämpfen sowie die Existenzgrundlagen und die Nahrungsmittelerzeugung zu erhalten.“*

*- Kommissarin für internationale Partnerschaften  
Jutta Urpilainen*

---



# Sonstiges

ist, rasch Maßnahmen zu setzen und die regionalen Regierungen zu unterstützen. Dafür arbeitet die Europäische Union im Globalen Netzwerk gegen Ernährungskrisen mit mehreren Partnern zusammen. Am Donnerstag, den 27. Februar kündigte die Europäische Kommission dementsprechend an, 10 Mio. Euro zur Bekämpfung der Wüstenheuschreckenplage zur Verfügung zu stellen. Diese Geldergänzt den Betrag von 1 Mio. Euro, der bereits aus Mitteln für humanitäre Hilfe der EU ausgezahlt wurde. Insgesamt haben die EU und internationale Partner bisher 29,4 Mio. Euro bereitgestellt.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

## Zur Info:

Das Globale Netzwerk gegen Ernährungskrisen wurde 2016 im Zuge des ersten humanitären Weltgipfels von der Europäischen Kommission, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und dem Welternährungsprogramm (WFP) gegründet. Es stellt eine Allianz von Akteuren dar, die sich zusammengeschlossen haben, um die Ursachen von Nahrungsmittelkrisen durch einen verstärkten Austausch von Analysen und Wissen zu bekämpfen. Des Weiteren soll das Netzwerk die Koordinierung der Akteure verstärken, um die gemeinsamen Anstrengungen in den Bereichen Humanität, Entwicklung und Frieden zu fördern.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



# Sonstiges

## Ergebnisse der 92. Eurobarometer-Umfrage in Österreich

Zwei Mal jährlich wird im Auftrag der Europäischen Union eine Eurobarometer-Umfrage in den EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt, um die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zu aktuellen Themen zu eruieren. Um die Ergebnisse länderübergreifend und im Zeitverlauf vergleichbar zu halten, beruht die Erhebung auf einheitlichen Standards. In Österreich wurden zwischen 14. und 29. November 2019 insgesamt 1000 Menschen ab 15 Jahren in persönlichen Interviews zu ihrer Meinung bezüglich zentraler Themen befragt.

73% aller ÖsterreicherInnen haben das Gefühl EU-BürgerInnen zu sein. Damit liegt Österreich über den EU-Schnitt von 70%. Zusätzlich haben 46% der Befragten angegeben, Vertrauen in die Europäische Union zu haben (EU-Schnitt 43%). Mit der Demokratie in der EU sind wiederum 53% der Befragten zufrieden, 58% haben das Gefühl ihre Stimme zähle auf europäischer Ebene. Viele der befragten ÖsterreicherInnen wünschten sich zudem mehr Zusammenarbeit und Zusammenhalt auf europäischer Ebene. Vor allem eine gemeinsame Energiepolitik (66% Zustimmung), eine gemeinsame Handelspolitik (69% Zustimmung) und eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (62% Zustimmung) werden positiv bewertet, auch wenn die gesamteuropäischen Werte jeweils etwas höher liegen (75%/71%/75%). Die wichtigsten Themen, um die sich die EU kümmern soll, sind laut der Befragung der Klimawandel (27%) und die Zuwanderung (27%). In Bezug auf den „Green Deal“ sehen die ÖsterreicherInnen drei Prioritäten: Die

Bekämpfung von Kunststoffplastik und Einwegplastik (46%), Entwicklung erneuerbarer Energien (46%) und Förderung der Kreislaufwirtschaft (41%). Zudem wünschen sich 45% der Befragten, dass die EU mehr Geld zur Bekämpfung des Klimawandels ausgibt.

Die EU ist bei 16% der ÖsterreicherInnen ein häufiges Gesprächsthema, bei 61% ein gelegentliches. 54% fühlen sich gut informiert über europäische Angelegenheiten. Das tatsächliche Wissen über die EU ist in Österreich jedoch unterdurchschnittlich und liegt hinter Irland, Ungarn und Italien auf dem viertletzten Platz. Doch 62% der Befragten würden gerne mehr über die EU lernen.

Allgemeine Informationen zum Eurobarometer finden Sie [hier](#).

Einzelheiten zur Befragung und die gesamten Ergebnisse finden Sie [hier](#).



# Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

## [Nichtfinanzielle Angaben von Großunternehmen \(Aktualisierung der Rechtsvorschriften\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

20. Februar 2020 - 14. Mai 2020

## [Menschenrechte – Überprüfung der EU-Anti-Folter-Verordnung \(2016-20\)](#)

Außen- und Sicherheitspolitik, Handel

19. Februar 2020 - 13. Mai 2020

## [Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung](#)

Öffentliches Gesundheitswesen

4. Februar 2020 - 7. Mai 2020

## [Bodenabfertigungsdienste an EU-Flughäfen - Bewertung](#)

Verkehr

30. Jänner 2020 - 23. April 2020

## [Finanzdienstleistungen - Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe \(neue Regeln\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

## [Finanzdienstleistungen - EU-Rechtsrahmen für Kryptoaktiva](#)

Bank- und Finanzdienstleistung

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

## [Schädliche Chemikalien - endokrine Disruptoren, Überprüfung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt, öffentliches Gesundheitswesen

16. Dezember 2019 - 9. März 2020

## [Ursprungskennzeichnung für Fleisch - Bewertung](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

9. Dezember 2019 - 2. März 2020



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

## EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

---

### Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)

Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Konrad Pözl, BA

---

### Abbildungsverzeichnis

#### S. 2

[https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/kyriakides\\_en](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/kyriakides_en)

#### S. 4

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_324](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_324)

#### S. 6

[https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/gentiloni\\_en](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/gentiloni_en)

#### S. 10

[https://europa.eu/regions-and-cities/about/nutshell\\_en](https://europa.eu/regions-and-cities/about/nutshell_en)

#### S. 11

[https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/urpilainen\\_en](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/urpilainen_en)